Groß-Berlin: Freitag, 11. April: Bezirks-Mitglieder-Versammlungen der KAPD.

Wir möchten es nicht dem Weltgewissen, sondern dem revolutionären Proletariat auch etwas ins Gedächtnis rufen:

Bei der U-Boot-Frage war es. Im Sommer 1916, als die Geheimverhandlungen der Budget-Kommission stattfanden.

Scheidemann: Selbstverständlich ist auch uns jedes Mittel recht, auch das grausamste, wenn es nur seinen Zweck erfüllt, wenn es den Krieg abkürzt und zum Siege führt. An der Agitation gegen die Regierung ist besonders gefährlich, daß unser Volk dadurch zu zweifeln an der Tüchtigkeit der Heeresführung veranlaßt wird, während es bisher darin einig und voll Vertrauen war.

Gröber (Zentrum): Auch ich unterschreibe: Keine Sentimentalität in der Kriegführung.

Es folgen: Heydebrandt, Müller-Meiningen, Stresemann, Reichskanzler, v. Capelle, v. Campe, dann

Noske: Auch ich bin selbstverständlich für jede Rücksichtslosigkeit der Kriegführung, wenn sie erfolgversprechend ist.

Ledebour übte eine ganz leidenschlme Kritik an diesem grausamen U-Boot-Krieg und wollte aber auch einen Frieden, wie sie ihn sämlich alle wollten; denn als ihn der damalige Reichskanzler in der betreffenden Sitzung frug im Laufe seiner Ausführungen, da war Georg sehr kleinlaut. Lesen wir:

Reichskanzler (fortfahrend): Ich wiederhole das prinzipielle Bekenntnis zum rücksichtslosen U-Boot-Krieg.

Ich kämpfe nicht für das Völkerrecht, sondern für Deutschlands Existenz. „Dafür ist mir jedes Mittel recht, keins zu schlecht." Gewiß wir alle wollen Frieden, aber einen ehrenvollen Frieden.

Wollen Sie (zu Ledebour) etwas anderes, als einen ehrenvollen Frieden?

Ledebour: Das habe ich nicht gesagt!

Erwähnt kann noch werden, daß in der Sitzung am 31. März 1916 — Militärdiktat — Noske eine begeisterte Rede hielt, besonders über die Verpflegung der Soldaten, so gut könne er sich es nicht leisten. — — — usw. — — —

So sehen die Leute aus, die an das Weltgewissen appellieren wollen zum zehnten Jahrestag. Eine ungeheure politische Verwahrlosung gehört schon dazu, um sich an das Proletariat zu wenden, daß den Vertrieb der Karten übernehmen soll, damit diese Schandbuben des Sozialismus jetzt aus dieser Stimmung Gold münzen, wie sie während des Krieges aus dem Blutrausch ihr Gold münzten und jeden Kriegsgegner in den Schützengräben denunzierten.

Im Reichstag sprach der Abgeordnete Schirmer am 13. Juni 1918 folgende Worte, die den Judaslohn dieser Kanaillen drastisch kennzeichnete:

„Die Zurückstellung der Gewerkschaftsbeamten vom Heeresdienst ist berechtigt, denn sie haben vielfach auch durch Aufklärungsarbeit wertvolle Dienste geleistet.

Es wird tatsächlich höchste Zeit, daß der Rest Proletarier, der diesen kleinbürgerlichen Gaunern noch immer nachläuft, sich sehr schnell von ihnen befreit; denn letzten Endes ist man ja mitschuldig an den Dingen, die man kennt.

Eisenbahnerstreik

Im Vordergrund des Interesses steht neben dem Wahlrummel und den vielen großen Streiks der Eisenbahnerstreik. Dies ist auch leicht erklärlich, bedeutet doch die Stillegung des Verkehrs das Durchschneiden der Schlagader der Wirtschaft. Trotzdem man alle die radikalen Putscher und Agitatoren im Herbst abgebaut hat im Interesse der Sanierung und Ausbalanzierung des Budgets, sind die zurückgebliebenen artigen Eisenbahner nun auch unartig geworden. Der „Vorwärts" meint sogar, daß diesmal die Eisenbahner die Sympathie der Bevölkerung bei einem allgemeinen Streik ihrerseits auf ihre Seite haben werden, denn die Löhne sind zum verhungern.

Was nun alles auf dem Spiele steht, versucht Paul Lensch, der bezahlte geistige Lohnsklave von Stinnes, in der „D.A.Z." zu erklären. Und zwar bringt die Dienstag-Nummer folgende Kombinationen:

„Die Arbeiter in den Reparaturwerkstätten der Eisenbahn im Reich drohen mit Streik und sind zum Teil schon in ihn eingetreten. Kommt keine Einigung zustande, so wird die Bewegung sich weiter ausdehnen. Kommt eine Einigung zustande, so dreht die erfolgreiche Lohnbewegung auf andere große Arbeiterkategorien des Reiches, wie die der Post und staatlichen Bergwerke, überzugreifen, was der Reichskasse derartige Kosten verursachen würde, daß die Rentenmark in die größte Gefahr käme. Und drittens nochmal: Kommt keine Einigung zustande, so kündigt der Vorsitzende des Deutschen Eisenbahnerverbandes, Scheffel, schon jetzt an, daß der Kampf in wenigen Tagen dem Reich mehr kosten würde, als die Lohnerhöhungen für alle Arbeiter der Eisenbahn im ganzen Jahre. Mit anderen Worten: Die Lohnbewegung der in den Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter geht, wie das Reichskabinett erklärt, ans Leben der Rentenmark."

Da haben die Eisenbahner ja was Schönes angerichtet. Vielleicht überlegen sie sichs nochmal und sterben lieber selbst langsam, als daß sie durch ihre Prasserei das Wunder Rentenmark gefährden. Daß sich die Bourgeoisie bewußt ist, um was es geht und daß sie mit allen Mitteln, die übrigens in der Demokratie recht beliebt geworden sind, vorgehen will, erhellt folgendes Stimmungsbild aus den Verhandlungen:

Die Gewerkschaftsvertreter wiesen auf die „starken Fäuste der Arbeiter" hin, worauf der Vertreter der Verwaltung, der mit der Staatsgewalt nicht Schindluder treiben lassen wollte, den Herren Kommunisten zu verstehen gab: Uns stehen Maschinengewehre zur Verfügung.

Das Grundmotiv des Streiks im allgemeinen dürfte ja bekannt sein. Es geht um die Abwehr von allgemeinen sozialen Verschlechterungen und um ein paar Rentenpfennig die Stunde mehr, da eben tatsächlich niemand auf die Dauer wie Diogenes leben kann, d. h. von Wasser und Brot und etwas Sonne neben seiner Tonne. Trotzdem in der Entsagung fürs Vaterland der deutsche Arbeiter tatsächlich in der Welt voran ist. Doch ist dies Stinnes noch nicht genug und so läßt er den durch den gekauften Heloten Lensch noch folgendes verlautet:

„Wer streikt, liefert das Land dem Feinde aus. Streik ist heute eine andere Handlung als vor dem Kriege. Heute springt die rein wirtschaftliche Aktion in die Politik und wie wird zur Staatsaffäre und führt zur Katastrophe der Nation. Die Mittel der Staatsgewalt sind mannigfach, aber sie müssen rechtzeitig im Spiel gebracht werden, sonst verspielen sie."

Die Eisenbahner sowie das Proletariat überhaupt werden gut tun, zu erkennen, daß die wirtschaftlichen Aktionen der Arbeiterschaft zugleich politische sind und sie sich nicht immer von ihren „bewährten Führern" nur für die wirtschaftlichen Aktionen einfangen lassen, d. h. schon gleich im Anfang der Bewegung seine Niederlage besiegeln. Diese Erkenntnis übermittelte schon Marx und Engels dem Proletariat und zur seiner Zeit bestätigt ist es zuzuschreiben, daß heute noch allerlei Kleinbürger im Namen von soundsoviel organisierten Proletariern sprechen dürfen.

Den Eisenbahnern sowie dem gesamten Proletariat aber rufen wir zu, weiß ihr ihnen, so wißt ihr um eure Feinde kämpfen. Dies ist auch aber nicht gewährleistet im bürgerlichen Staat als Herrschaftsform der kapitalistischen Profitwirtschaft, sondern jeden Tag ist er erst wieder in der kommunistischen Bedarfswirtschaft, dies ist das Ziel der Klasse. Darum muß der Verkehrsstreik eingeleitet werden, um dies Klassenziel zu erringen. Dann, wenn der proletarischen Klasse ihr Ziel aufgezeigt wird von einer maßgebenden Gruppe mit, dann wird sie, die proletarische Klasse, auch Solidarität aufbringen können und aufbringen.

Dann, und da hat Paul Lensch Recht, wird alle staatliche Macht versagen; denn dann stehen diesen Horden der Bourgeoisie klassenbewußte und zielklare proletarische Bataillone gegenüber, die nicht um die Nation, d. h. den Profit ihrer Ausbeuter kämpfen, sondern die um ihr Leben, um das Leben der Menschheit kämpfen und siegen wollen und werden.

Darum Eisenbahner nicht feige hinter die wirtschaftliche Forderung verkrochen, sondern klar das politische Ziel, Sturz der bürgerlichen Gesellschaftsordnung hervorgekehrt, und nicht um geliniderte Ausbeutung bei der Eisenbahn gekämpft, sondern um die Beseitigung der Ausbeutung darfs nur gehen. Schließt Euch darum in den Betrieben als Klasse zusammen und erkennt die Zeichen der Zeit.

Die entscheidenden Kämpfe um seine Befreiung muß das Proletariat, und dazu gehören auch alle Eisenbahner, selbst führen.

Inzwischen ist es zur „Einigung" gekommen, d. h. die freigelbe Gewerkschaftsbürokratie und Oeser haben sich auf sechs Zentempfennig geeinigt und dafür ist der Achtstundentag „grundsätzlich" aufrechterhalten worden. Die Grundsätzlichkeit sieht so aus: Vier Monate acht Stunden, vier Monate neun Stunden und vier Monate zehn Stunden.

Nach der bürgerlichen Preßnote ist der Streik erledigt, für den „Vorwärts" selbstverständlich auch.

Ueber weitere Verschlechterungen wird noch im Laufe dieser Woche verhandelt.

Nun sind die Eisenbahner natürlich so schlau wie zuvor. Die kommende Belastungsprobe, die vor allem nach den Wahlen über das deutsche Proletariat verhängt wird, wird naturnotwendig auch die Eisenbahner zur Tat treiben, daß die Stillegung unerbittlicher Konsequenz vor die Frage stellen, entweder mit der Klasse für den Kommunismus oder mit der Bourgeoisie für den Untergang. Eine Mitte gibt es nicht.

Bezirkskonferenz

des Wirtschaftsbezirks Rheinland-Westfalen

Am 20. und 21. April 1924 (Osterfeiertage) findet in Barmen eine gemeinsame Bezirkskonferenz der KAPD. und AAU. statt.

Tagesordnung:

1. Die politische Lage und unsere Aufgaben.
2. Organisatorisches.
3. VRUK.

Alle Ortsgruppen müssen durch Delegierte vertreten sein, da diese Konferenz für die weitere Entwicklung des Bezirks sehr wichtig ist. Ueber alle sonstigen Einzelheiten erteilen die betreffenden Wirtschaftsbezirksleitungen nähere Auskunft.

Ausland

Holland

Von einem holländischen Genossen, der Jahrzehnte in der deutschen Arbeiterbewegung tätig war, erhalten wir folgenden Bericht aus Holland:

Wenn man die sozialen Zustände Hollands betrachtet, es ist es nicht übertrieben, wenn man von einer Wiederspiegelung der deutschen Verhältnisse redet. Verlängerung der Arbeitszeit und Mehrarbeit sind an der Tagesordnung. Die Bourgeoisie und des Spießbürgertums. Alle sozialen Uebelstände wie Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot werden auf den, im Jahre 1918 aus Angst vor der proletarischen Revolution eingeführten Achtstundentag zurückgeführt. In den Parlamenten, Versammlungen und in der gesamten Presse ist „Sparsamkeit" das Losungswort. Zu diesem Zwecke hat man denn auch trotz fortwährend stärkeren Umsichgreifen der Arbeitslosigkeit in den Privatbetrieben, sowie bei den Eisenbahnunterbeamte und Arbeiter, Unterpostbeamte und sonstige Staats- und Kommunalarbeiter rücksichtslos aufs Pflaster geworfen.

Alles aus „Sparsamkeit".

Obwohl die holländischen Kapitalisten aus dem Weltkriege und gleichfalls nach dem Kriege durch die sogenannte Valutakonjunktur in Deutschland sich ungeheure Reichtümer aneignetes, indem sie durch ihre Handelsagenten alles, was in Deutschland nicht niet- und nagelfest, d. h. was exportfähig war, aufkaufen ließen, haben doch die Parlamentskomödianten, die Regierungstrabanten und sonstige hohe Würdenträger in den Departements alle Hände voll zu tun, die Staatseinnahmen und Ausgaben ins Gleichgewicht zu bringen. Trotz aller Bemühungen gelingt es auch hier nicht, die finanziellen Verhältnisse in einigermaßen geregelte Bahnen zu lenken. Die Sparsamkeit macht auch nicht vor dem Schulwesen halt.

Wie in dem ehemaligen konstitutionellen Deutschland und jetzt ebenfalls in der wunderbaren, freien deutschen Republik die Lehrzeit in der Volksschule vom sechsten bis zum vierzehnten Lebensjahr geht, so auch bis jetzt in Holland. Doch ist man jetzt eifrig dabei, die Lehrzeit um zwei Jahre zu verkürzen. Die geistige Kost in den Schulen entspricht der deutschen „an Qualität. Die Kürzung begründet man damit, daß nicht etwa die geistige Entwicklung des Proletariates verstümmelt werden soll, sondern im Interesse der Moral und der guten Sitten und fürs Vaterland ist dies notwendig; denn demselben droht eine Inflation und da ist die Sparsamkeit doch notwendigst.

Sozialdemokraten und „Kommunisten" machen in der Schwatzbude riesigen Lärm und treiben Scheinopposition. Sie sammenstöße zwischen den Truppen und den Streikenden statt. Die Unterdrückungsmittel der Mehrwertbestien mit ihrem bürgerlichen Staatsapparat sind überall dieselben.

Streiks in Frankreich

Die unständigen Metallarbeiter in St. Etienne haben beschlossen, den Streik bis aufs Messer fortzusetzen. Es kam zu neuen Zusammenstößen zwischen Streikenden und Streikbrechern. Die Polizei griff ein und nahm eine Reihe von Verhaftungen vor.

In Thiri sind die Bauarbeiter, wie die „Humanité" meldet, in den Ausstand getreten. Der Umfang der Bewegung läßt sich zurzeit noch nicht übersehen.

Druckfehlerberichtigung. In der letzten Nummer der „K. A. Z." im ersten Artikel hat der Druckfehlerteufel auf der ersten Seite, dritte Spalte oben, aus „Geschichtsblindheit" „Geschäftsblindheit" gemacht.

Verantw. Redakteur und Herausgeber: Kurt Hellwig, Düsseldorf. — Druck: Karl Bergmann, Berlin S 42, Oranienstr. 169.

Jahrg. 5. Nr. 29

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mark

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Strassenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

April 1924
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Heraus aus dem Selbstbetrug!

Ein großes Raten hat begonnen. Der Bericht der Sachverständigen ist der Reparationskommission überreicht und veröffentlicht worden. In dem Begleitschreiben heißt es:

„Tief durchdrungen von dem Gefühl seiner Verantwortlichkeit gegenüber ihrer Kommission und gegenüber dem Weltgewissen gründet das Komitee seine Pläne auf jene Grundsätze der Gerechtigkeit, der Billigkeit und des wechselseitigen Interesses, an deren Vorherrschaft nicht nur die Gläubiger Deutschlands und Deutschland selbst, sondern die ganze Welt ein vitales (belebendes) und dauerhaftes Interesse haben."

Der Inhalt des Berichts sowie die wahren Auswirkungen sind in der vorhergehenden Nummer der „KAZ." schon aufgezeigt worden. Der „Vorwärts" überschlägt sich bald vor Freude über den ungeheuren Fortschritt, der darin bestehen soll, daß die deutsche Wirtschaftseinheit wiederhergestellt wird und ist selbstverständlich für Annahme.

Seine Meinung nach gibt es keine Reparationsprovinz mehr, sondern die Lasten werden gleichmäßig auf das ganze deutsche Gebiet übertragen. Diese dummdreiste Behauptung ist nur „diesem" Arbeiterblatt möglich, trotzdem das Proletariat weiß, daß alle Lasten sich die Schwerindustrie schön von dem unbesetzten Gebiet bezahlen ließ, und die Republik, um nicht das Ruhrgebiet abzustoßen, kam gehorsam den Wünschen der Schwerindustrie nach. Diese Roßtäuscherkniffe sollen das Proletariat immer wieder ablenken von seinen ureigensten Aufgaben, die darin bestehen, endlich zu erkennen, daß es kein Vaterland hat. Daß es sich nicht bei dem Streit der kapitalistischen Mächtegruppen zugunsten der besiegten zu entscheiden hat und daß seine Interessen nicht in dem kapitalistischen Wiederaufbau liegen, sondern jenseits dieser alten Welt liegen und darin erst Verwirklichung finden können.

Der heuchlerische Hinweis der Sachverständigen auf das Weltgewissen ist eine solche thle Phrase, daß diese nur noch einem ausgesprochenen ideenlosen Proletariat zugetraut werden kann.

Der nächste Satz des Begleitschreibens läßt auch gleich klar erkennen, worum es geht, und zwar sagt man da ganz trocken: **Nachdem diese Grundsätze einmal in jenem Gesellschaftsglauben, der die Grundlage aller Geschäfte und die beste Gewähr für den Weltfrieden ist usw.**

Hierin liegt der Schlüssel alles Geschehens, **die Grundlage aller Geschäfte,** d. h. die Erringung von Mehrwert, von Profit, ist die motorische Kraft dieser Gesellschaftsordnung und wehe dem Proletariat, wehe dem deutschen Proletariat in erster Linie, daß sich nicht von seinen alten Illusionen befreit und den Geschäftsabwicklungen seines Klassengegners die Grundlage entzieht.

Während die ganze Welt vor Waffen starrt und man nur noch nicht den neuen Waffengang wagt, da diesmal ein nicht so harmloser Abschluß zu erwarten ist als 1918 und auch ein anderer Anfang von den geschundenen Proletarierbataillonen aufgeführt werden könnte als 1914, redet man von der Sicherung des Friedens und besten Gewähr des Weltfriedens.

Für den „Vorwärts" stellt sich die Lage in zwei Fragen dar, nämlich, will oder kann man ins besetzte Gebiet einmarschieren und die Franzosen verjagen, und will oder kann man das nicht, dann bleibt nur der andere Weg zur Befreiung übrig, eben der, den der Bericht der Sachverständigen zeigt.

Daß es für das Proletariat eine revolutionäre Lösung geben könnte, wird nicht mehr angedeutet. Bitter, noch in so gegangen, wie dem Spötter Heine, der trotz seiner revolutionären Ideen es mit der Angst zu tun bekommen habe, die Proletarier würden, wenn zur Macht gelangt, mit ihren schwieligen Händen die Bildersäulen der Kunst zertrümmern, die Nachtigallen vernichten und das Buch der Lieder benutzen, um davon Tüten zu kleben für Schnupftabak. Wenn ich dies hier so ausführlich wiedergebe, so dürfen die Leser nicht glauben, daß dies ein Einzelfall ist, den ich verallgemeinern möchte, sondern dies ist hier in Holland die tägliche Agitationsmethode gegen den Sozialismus und Kommunismus.

Nicht das Gespenst des Umsturzes stellt man in den Vordergrund, sondern man benutzt den Staat und die Verfälschung der Renegaten als Argument gegen die kommunistische Gemeinwirtschaft.

Auf dem Nachhausewege aus eben geschilderter Versammlung war mir seltsam zu Mute, nicht etwa, weil das Bürgertum diese Sprache redet, sondern, weil wir alte Esel selbst diese Renegaten in der Vorkriegszeit auf den Schild gehoben haben. In der KP. Hollands ist ein mächtiger Streit entbrannt. Man spricht von einer starken Opposition. Wie aus den Zeitungen zu ersehen ist, richtet sich dieselbe gegen ihren Befehlshaber Wynkoop, der eine furchtbare unerträgliche Diktatur über die Parteimitglieder ausüben soll. Es sind zwei nach Rußland geladen, um sich vor der Moskauer Inquisition zu verantworten. Nämlich Wynkoop und einer von der Opposition. Ob sie hingegangen sind, oder ob sie hingehen werden, ist nicht zu erfahren.

Der KP. Hollands ergeht es so wie dem Negerkönig, der einem europäischen Maler den Wunsch äußerte, er möchte ihm doch weiß malen. Ja sie möchten so gern in einer anderen Farbe erscheinen, wie sie wirklich sind. Man hat sie aber erkannt. Die bürgerlichen Zeitungen schreiben, daß die Kommunisten sich von den Sozialdemokraten nur noch durch ihr Ausländergeschild unterscheiden. In Sachsen z. B. heißt es da, haben die sich nicht allein unfähig gezeigt und ein derartiges Fiasko gemacht, daß sie nicht mehr ernst genommen werden können.

Sehr wahrscheinlich ist auch die niederländische Staatsmaschine konstruiert. Das sogenannte Koalitionskabinett hat wegen einer vorgelegten Flottenvorlage abgedankt. Die Parlamentarier aller Parteischattierungen haben fast ein Jahr lavierl, um ein Kabinett zu bilden, doch ohne Erfolg.

Nun hat die Königin dem abgedankten Kabinett befohlen, weiter zu regieren. Darüber erhob sich nicht nur bei den „Kommunisten" und Sozialisten, sondern auch bei allen bürgerlichen Demokraten ein furchtbarer Spektakel und man bezeichnete es als ein „Zurück in den Absolutismus". Doch da es oberstes Gesetz aller Verfassungstreuen ist, die Verfassung zu respektieren, so ist auch alles in der Ordnung und man fügte sich. Es ist wohl ein Schauspiel für Götter, eine Verfassung und Konstitution zu lieben, die den mittelalterlichen Absolutismus bedeutet. Wie wird Monsieur Brandler das Herz im Leibe gelacht haben über die Verfassungstreue seiner holländischen Komplizen.

Belagerungszustand in Norwegen

Der Hafen von Trondhjem steht unter militärischer Bewachung, um die Arbeiter vor den streikenden Eisenbahnern zu schützen. Die Soldaten haben Befehl zu schießen, wenn Widerstand geleistet wird. Die Streikenden stehen durch die Stadt. Es wird tatsächlich höchste Zeit, daß der Rest Proletarier, der diesen kleinbürgerlichen Gaunern noch immer nachläuft, sich sehr schnell von ihnen befreit; denn letzten Endes ist man ja mitschuldig an den Dingen, die man kennt.

Streiks in Frankreich

Die unständigen Metallarbeiter in St. Etienne haben beschlossen, den Streik bis aufs Messer fortzusetzen. Es kam zu neuen Zusammenstößen zwischen Streikenden und Streikbrechern. Die Polizei griff ein und nahm eine Reihe von Verhaftungen vor.

In Thiri sind die Bauarbeiter, wie die „Humanité" meldet, in den Ausstand getreten. Der Umfang der Bewegung läßt sich zurzeit noch nicht übersehen.

Druckfehlerberichtigung. In der letzten Nummer der „K. A. Z." im ersten Artikel hat der Druckfehlerteufel auf der ersten Seite, dritte Spalte oben, aus „Geschichtsblindheit" „Geschäftsblindheit" gemacht.

Verantw. Redakteur und Herausgeber: Kurt Hellwig, Düsseldorf. — Druck: Karl Bergmann, Berlin S 42, Oranienstr. 169.

Geschäftsleute

Der Bericht der „Sachverständigenkommission", der in großen Zügen ausspricht, was — ohne den Wortlaut desselben zu kennen — schon in der vorigen Nummer der „KAZ." dargelegt wurde, ist mehr als in einer Hinsicht interessant. Vor allem die nüchterne Sprache. „Wir sind als Geschäftsleute an unsere Arbeit herangegangen", heißt es dort. Und — so wird weiter ausgeführt: „wir ließen uns lediglich von dem Grundsatz des Rechts und der Gerechtigkeit leiten". Nach dieser Verbeugung kommen dann die schönen Vorschläge alle, die auch für das Proletariat sehr gut sein sollen. Geschickt wird die Aeußerung Graßmanns dann verflochten, und ausgeführt: „Indem Herr Graßmann nicht für die Gesamtheit des deutschen Volkes, sondern nur für die Klasse sprach, die er vertrat, stellte er fest, daß die deutschen arbeitenden Klassen nicht eine zweite Inflationsperiode aushalten könnten. Sie müßten an die Welt für eine wertbeständige Währung appellieren, die es ihnen ermöglichte, auch noch vier Wochen nach Empfang des Lohnes etwas dafür zu kaufen."

Worauf die Geschäftsleute in ihrem „Gutachten" antworten: „Auch die Arbeiter werden ihren Vorteil dabei finden, denn ihre Interessen sind vor allem von der Stabilität abhängig. Einige Volksklassen mögen einen Ausgleich in den erstaunlichen Vermögenszuwachsungen finden, welche die Inflation mit sich bringt — manche ziehen ihren Vorteil daraus, andere haben darunter zu leiden. Aber für die arbeitenden Klassen ist die Unbeständigkeit der Verhältnisse nur vom Bösen; sie bietet keinerlei Ausgleichsmöglichkeiten."

Gottes und des Kapitals Wege sind eben einfach wunderbar. Nach Hunderten von Konferenzen, die alle ausgingen wie das Hornberger Schießen, ist es dann mit einem Male gelungen, den Schlüssel zur Lösung des Reparationsproblems zu finden und alle Welt ist überrascht von diesem einzigartigen Resultat. Wie kommt das? In der deutschen Presse hat man wiederholt, dauernd, ohne Unterbrechung nachzuweisen versucht, daß die Lösung nicht durch politische, sondern lediglich durch wirtschaftliche Mittel angestrebt werden müsse, wenn sie von Erfolg sein solle. Zum tausendsten Male wurde festgestellt, daß die französische Gewaltpolitik alle Voraussetzungen für spätere Zahlungen vernichte, und aus diesem widerspruchsvollen, „unvernünftigen" Verhalten die Krise sich dauernd verschärfe. Dieses „Verrannt" der deutschen Bourgeoisie hat allerdings erst seit ihrer Niederlage Platz gegriffen. Es wurden vor dem Kriege genügend Beweise für die Unwirtschaftlichkeit eines Krieges erbracht; das hat die deutsche Bourgeoisie natürlich nicht gehindert, sich selbst nach dem Weltkriege noch auf den „unwirtschaftlichen" Buhrkrieg einzulassen, in der stillen Hoffnung natürlich, daß es ihr gelingen könnte, mit politischen Mitteln einen Umschwung in ihrer äußeren Politik zu erzwingen. Daß hat Poincaré nicht gehindert, mit politischen Mitteln der deutschen Bourgeoisie ihre Raupen aus dem Kopf zu treiben. Dieser Widerspruch wird auch das Kapital in Zukunft nicht hindern, den Profit und den Kampf um den Profit letzten Endes mit politischen Mitteln zum Siege zu verhelfen. Daß dieses kapitalistisches Gesetz ist, das über diesem „Widerspruch" hinwegschreitet, beweist ja schon zur Genüge die Tatsache, daß dieser unbelehrbare und — nach den Argumenten der deutschen Spießbürger — kreuzdumme Poincaré sich mit politischen, wirtschaftlich recht verröstenden Mitteln, durchzusetzen vermag, die — zur Niederwerfung des Gegners. Nun kommen die nüchternen Geschäftsleute und überrechnen die Rechnung. Das ist also: Wenn der Patient ruhig verreckt, wird man sich darüber gar nicht groß aufregen. Versucht er jedoch, die „wirtschaftlichen Abmachungen" zu durchbrechen, so wird man dieser Sabotage mit politischen Mitteln zu begegnen wissen. Da die deutsche Bourgeoisie daran nicht denken kann, bleibt ihr nichts weiter übrig, als mit gesäuerter Miene den „Vernünftigen" zu spielen, und sein Proletariat gut zuzureden, ebenfalls „vernünftig" zu bleiben. Sie wäscht ihre Hände vollständig in Unschuld und verweist auf die Väter dieses Gutachtens. Parole: „Durch Arbeit zur Freiheit."

Die Forderungen selbst sind im wesentlichen:

Es wird kein Moratorium gewährt. Deutschland hat in diesem Jahre 1 Goldmilliarde, im zweiten und dritten je 1,2 Goldmilliarden, im vierten Jahre 1,75 Goldmilliarden und vom fünften Jahre ab 2,46 Goldmilliarden zu zahlen. Vom sechsten Jahre ab wird die Reparationskommission von Deutschland noch höhere Zahlungen verlangen.

Selbstverständlich haben die Geschäftsleute auch „Mittel und Wege" vorgeschlagen, diese Summen aufzubringen. Es lohnt sich eigentlich nicht, darüber zu reden, denn die „Sachverständigen" konnten weiter nichts, als eine Mißhandlung Rechnung aufzumachen. Wo Geld fehlte, wurde einfach „Einnahmen" einfach errechnet. Eisenbahn, Post, Zölle, Steuern, kursum: die Rechnung hat einfach zu stimmen. Man hat sogar noch Rücksicht darauf genommen, daß die Lebenslage der deutschen Arbeiterklasse nicht unter den Niveau der anderen Länder herabsinkt, wie man in dem Bericht erwähnt, und mehr kann man eigentlich nicht verlangen. Die Arbeitslosigkeit ist als in der Abnahme begriffen hingestellt und wird, wie es heißt, in kurzem ganz aufhören. Also: auf, an die Arbeit!

Geschäftsleute

Der Bericht der „Sachverständigenkommission", der in großen Zügen ausspricht, was — ohne den Wortlaut desselben zu kennen — schon in der vorigen Nummer der „KAZ." dargelegt wurde, ist mehr als in einer Hinsicht interessant. Vor allem die nüchterne Sprache. „Wir sind als Geschäftsleute an unsere Arbeit herangegangen", heißt es dort. Und — so wird weiter ausgeführt: „wir ließen uns lediglich von dem Grundsatz des Rechts und der Gerechtigkeit leiten". Nach dieser Verbeugung kommen dann die schönen Vorschläge alle, die auch für das Proletariat sehr gut sein sollen. Geschickt wird die Aeußerung Graßmanns dann verflochten, und ausgeführt: „Indem Herr Graßmann nicht für die Gesamtheit des deutschen Volkes, sondern nur für die Klasse sprach, die er vertrat, stellte er fest, daß die deutschen arbeitenden Klassen nicht eine zweite Inflationsperiode aushalten könnten. Sie müßten an die Welt für eine wertbeständige Währung appellieren, die es ihnen ermöglichte, auch noch vier Wochen nach Empfang des Lohnes etwas dafür zu kaufen."

Worauf die Geschäftsleute in ihrem „Gutachten" antworten: „Auch die Arbeiter werden ihren Vorteil dabei finden, denn ihre Interessen sind vor allem von der Stabilität abhängig. Einige Volksklassen mögen einen Ausgleich in den erstaunlichen Vermögenszuwachsungen finden, welche die Inflation mit sich bringt — manche ziehen ihren Vorteil daraus, andere haben darunter zu leiden. Aber für die arbeitenden Klassen ist die Unbeständigkeit der Verhältnisse nur vom Bösen; sie bietet keinerlei Ausgleichsmöglichkeiten."

Gottes und des Kapitals Wege sind eben einfach wunderbar. Nach Hunderten von Konferenzen, die alle ausgingen wie das Hornberger Schießen, ist es dann mit einem Male gelungen, den Schlüssel zur Lösung des Reparationsproblems zu finden und alle Welt ist überrascht von diesem einzigartigen Resultat. Wie kommt das? In der deutschen Presse hat man wiederholt, dauernd, ohne Unterbrechung nachzuweisen versucht, daß die Lösung nicht durch politische, sondern lediglich durch wirtschaftliche Mittel angestrebt werden müsse, wenn sie von Erfolg sein solle. Zum tausendsten Male wurde festgestellt, daß die französische Gewaltpolitik alle Voraussetzungen für spätere Zahlungen vernichte, und aus diesem widerspruchsvollen, „unvernünftigen" Verhalten die Krise sich dauernd verschärfe. Dieses „Verrannt" der deutschen Bourgeoisie hat allerdings erst seit ihrer Niederlage Platz gegriffen. Es wurden vor dem Kriege genügend Beweise für die Unwirtschaftlichkeit eines Krieges erbracht; das hat die deutsche Bourgeoisie natürlich nicht gehindert, sich selbst nach dem Weltkriege noch auf den „unwirtschaftlichen" Buhrkrieg einzulassen, in der stillen Hoffnung natürlich, daß es ihr gelingen könnte, mit politischen Mitteln einen Umschwung in ihrer äußeren Politik zu erzwingen. Das hat Poincaré nicht gehindert, mit politischen Mitteln der deutschen Bourgeoisie ihre Raupen aus dem Kopf zu treiben. Dieser Widerspruch wird auch das Kapital in Zukunft nicht hindern, den Profit und den Kampf um den Profit letzten Endes mit politischen Mitteln zum Siege zu verhelfen. Daß dieses kapitalistisches Gesetz ist, das über diesen „Widerspruch" hinwegschreitet, beweist ja schon zur Genüge die Tatsache, daß dieser unbelehrbare und — nach den Argumenten der deutschen Spießbürger — kreuzdumme Poincaré sich mit politischen, wirtschaftlich recht verröstenden Mitteln, durchzusetzen vermag, die — zur Niederwerfung des Gegners. Nun kommen die nüchternen Geschäftsleute und überrechnen die Rechnung. Das ist also: Wenn der Patient ruhig verreckt, wird man sich darüber gar nicht groß aufregen. Versucht er jedoch, die „wirtschaftlichen Abmachungen" zu durchbrechen, so wird man dieser Sabotage mit politischen Mitteln zu begegnen wissen. Da die deutsche Bourgeoisie daran nicht denken kann, bleibt ihr nichts weiter übrig, als mit gesäuerter Miene den „Vernünftigen" zu spielen, und sein Proletariat gut zuzureden, ebenfalls „vernünftig" zu bleiben. Sie wäscht ihre Hände vollständig in Unschuld und verweist auf die Väter dieses Gutachtens. Parole: „Durch Arbeit zur Freiheit."

Die Forderungen selbst sind im wesentlichen:

Es wird kein Moratorium gewährt. Deutschland hat in diesem Jahre 1 Goldmilliarde, im zweiten und dritten je 1,2 Goldmilliarden, im vierten Jahre 1,75 Goldmilliarden und vom fünften Jahre ab 2,46 Goldmilliarden zu zahlen. Vom sechsten Jahre ab wird die Reparationskommission von Deutschland noch höhere Zahlungen verlangen.

Selbstverständlich haben die Geschäftsleute auch „Mittel und Wege" vorgeschlagen, diese Summen aufzubringen. Es lohnt sich eigentlich nicht, darüber zu reden, denn die „Sachverständigen" konnten weiter nichts, als eine Mißhandlungsrechnung aufzumachen. Wo Geld fehlte, wurde einfach „Einnahmen" einfach errechnet. Eisenbahn, Post, Zölle, Steuern, kursum: die Rechnung hat einfach zu stimmen. Man hat sogar noch Rücksicht darauf genommen, daß die Lebenslage der deutschen Arbeiterklasse nicht unter den Niveau der anderen Länder herabsinkt, wie man in dem Bericht erwähnt, und mehr kann man eigentlich nicht verlangen. Die Arbeitslosigkeit ist als in der Abnahme begriffen hingestellt und wird, wie es heißt, in kurzem ganz aufhören. Also: auf, an die Arbeit!

Es kann natürlich nicht die Aufgabe der Arbeiterklasse sein, sich über die Vorschläge seiner internationalen Ausbeuter zu entrüsten. Sondern das Proletariat muß klar und nüchtern erkennen, daß diese „wirtschaftliche Lösung" der allgemeinen Lage des europäischen Kapitals und dessen Interessen entspringt, und daß die angekündigten Maßnahmen ausschließlich die Arbeiterklasse treffen werden. Das Kapital hat sich mit der gegebenen Sachlage momentan abgefunden. Von der „Kreuzzeitung" bis zum „Vorwärts" herrscht Uebereinstimmung darüber, daß eine „Grundlage" gefunden ist. Die „Rote Fahne" entrüstet sich darüber, daß „die deutschen Ausbeuter mit Poincaré gemeinsame Sache machen" und empfiehlt die „nationale Befreiung des deutschen Volkes", was sie „revolutionären Klassenkampf" nennt. Diese Einstellung entspringt ganz den Rücksichten auf die zu „erkämpfenden" Mandate, auf den momentanen „Wahlkampf", der gerade angesichts der völligen Ohnmacht der Ebertrepublik, wie sie in diesem Bericht zum Ausdruck kommt, als der Ausdruck des völligen Bankerotts einer revolutionär sein wollenden Partei gekennzeichnet ist.

So richtig es ist, daß heute, in der Periode der schärfsten Kapitalskonzentration, der Monopole und Trusts, auch diese, also die „Wirtschaft", die Politik bestimmen und den nationalen Staat unter ihre Fuchtel bringen, so richtig ist es jedoch auch, daß wirtschaftliche Fragen eben Machtfragen sind. Die Machtfrage, die Frage der Hebung der Produktion als Voraussetzung für evtl. Leistungen, ist für die Frage der Ebertrepublik die Frage der Beherrschung der Rohstoff- und Absatzmärkte. Der Bericht der „Sachverständigen" zeigt so recht, wieviel Dummheit man den deutschen, natürlich auch den Spießern jedes einzelnen Landes zutraut. Hinter uns liegt ein zehnjähriger Weltkrieg, gerade um die Absatz- und Rohstoffmärkte. Er endete mit dem Resultat, daß der deutsche Imperialismus am Boden liegt, und seiner Interessensphären beraubt ist. Einerseits. Anderseits war der Einsatz der Sieger so ungeheuer, daß die Folgen des Krieges ihnen wie ein Alp auf den Gemüttern liegt. Der europäische Absatzmarkt wurde und wird fortwährend weiter zerstört. Die Kaufkraft weiter unterhöhlt. Die „Sieger" erleben mit Schaudern, daß nichts, gar nichts dabei herausgekommen ist. Die gegenseitige Verschuldung, die getilgt werden soll durch den Besiegten, jedoch nicht getilgt werden kann infolge der Zerstörung der Produktion und des Absatzmarktes (der Kaufkraft der breiten Masse), bringt sie selbst in Verschuldung gegenüber ihren Verbündeten. Der finanzielle Druck erzwingt neues Wettrüsten, was am Produktionskörper frißt. Zur letzten Entscheidung ist notwendig größte Beherrschung der wirtschaftlichen Grundlagen für die Militärpolitik. Die kapitalistischen Gegensätze sind nach dem Kriege weit mehr auf die Spitze getrieben, als vordem. Der Imperialismus, als die letzte Etappe des Kapitalismus rast sich auf den Trümmern des zerstörten Europas aus, und wird vorwärtsgetrieben durch den eigenen wirtschaftlichen Zusammenbruch des eigenen Landes. Frankreich gerät in wachsende Verschuldung gegenüber England, und bereitet sich militärisch auf den einmal fälligen Wechsel vor. Versucht deshalb das Ruhrgebiet an sich zu reißen, als Stütze für seinen Militarismus.

Die englisch-amerikanische Kapitalsmacht fällt ihm hier in die Arme. Gleichgültig natürlich, was aus den Bewohnern des umstrittenen Gebietes wird, versucht es hier einen Riegel für weiteres Vordringen vorzuschieben: Frankreich erhält eine Anleihe zur Stützung der Franken unter der Bedingung der Anerkennung des „Sachverständigenbericht". Der deutsche Spießer glaubt, daß die amerikanische Arbeit in der „Sachverständigenkommission" den Zweck hätte, „rein wirtschaftlich das Reparationsproblem zu lösen". Der Bericht selbst legt Deutschland Verpflichtungen auf, die eine immer sich vermehrende Produktion, immer sich vermehrendes Produktionskapital voraussetzt. Aber woher die Rohstoffe? Wohin die Waren? Eine Produktionseinheit, die in der Lage wäre die in dem Bericht geforderten Ueberschüsse abzuwerfen, wäre gerade die größte Gefahr für die „Gläubiger" Deutschlands.

Der Bericht ist das Resultat der kapitalistischen Rivalen in ihrem Kampfe um die Welt. Der Versuch der Realisierung derselben zum Zwecke der Stabilisierung der Lage zugunsten Englands und Amerikas wird und muß enden mit dem Untergang in erster Linie des deutschen Proletariats. Bis dahin kann es versuchen, den internationalen Kapitalshyänen noch möglichst viel Hasen in die Küche zu jagen, ehe es mit seinem Tode die Wahrheit erhärten wird, daß der Kapitalismus nicht aufgehaut werden, die Reparationsfrage in der kapitalistischen Gesellschafts- und Profitordnung nicht gelöst werden kann.

Daß das deutsche Kapital diesen Pakt als Grundlage für ihre weitere Existenz annehmen wird, hat seine guten Gründe. Für eine Ablehnung fehlen die politischen Gewaltmittel. Es überläßt die Verantwortung den „Sachverständigen" selbst, und ist nur auf seinen Profit bedacht. Für die Abtrennung von Rhein und Ruhr ist immer noch Zeit: Geschäft ist Geschäft. Profit die Losung!

Das Proletariat hat es in der Hand, diesen Geschäftsleuten einen Strich durch die Rechnung zu machen, indem es begreift, daß es den Geschäftsleuten auf ein paar Millionen Tote gar nicht ankommt. Ein Jahrzehnt schon kurieren diese Aerzte die heranwachsende Generation der arbeitenden Klassen unter die Erde, nachdem der Moloch Kapitalismus deren Väter in den „Heldentod" jagte. Das vorliegende Rezept ist nur eine kalte, grausame Fortsetzung des alten.

Erst wenn in den Flammen der proletarischen Revolution die Todesurteile der kapitalistischen Klassen gegen die proletarische, aufgehen, wird ein Zeitalter anbrechen, wo das Proletariat aus seiner tiefsten Schmach, seiner tiefsten Erniedrigung die erste Stufe zum Menschentum erklimmt, um abzurechnen mit den „Geschäftsleuten". Allzuviel hat es schon hingenommen. Eine spätere Generation wird sich sowieso erschaudert fragen: „Was mögen dies bloß für Menschen gewesen sein?"

Bezirkskonferenz

Mitteldeutschland (Halle) der AAU.

Freitag, den 18. April 1924

Tagesordnung:

1. Politische und wirtschaftliche Lage und unsere Aufgaben
2. Organisatorisches
3. Verschiedenes

Politische Rundschau

Einst und jetzt

Die Geschichte ist eine gute Lehrmeisterin. Ihr besonderer Vorzug besteht darin, daß sie Geschehnisse festhält und allen Verdrehungen zum Trotz sagt, so war es!

Wenn wir die Fragen der Revolution nicht verstandessondern gefühlsmäßig betrachteten, würden wir wahrscheinlich schon längst den Verstand verloren haben ob der Dreistigkeit, mit der parlamentarische Politik zu arbeiten beliebt.

Besonders der „Vorwärts" erlaubt sich da allerhand. Marx und Engels werden als die Vorkämpfer der SPD. retrachten sich als ihre Epigonen (Nachkommen). Dazu gehört natürlich kapitalistische Verkommenheit. Es ist für einen denkenden Arbeiter nicht verwunderlich, daß alle parlamentarischen Betrugsmanöver unternommen müssen, um an die Futterkrippen heranzukommen. Das revolutionäre Proletariat wird schwere Arbeit zu leisten haben, um diesen Ozean bürgerlichen Modern und Drecks aus der Welt zu schaffen und eine wahre Kultur, die nur proletarisch sein kann, aufzubauen.

Die Märztage sind vorüber. Sie haben keine Entscheidung gebracht. Große Teile des Proletariats stecken noch mit in der bürgerlichen Ideologie. Sonst würden sie sich nicht um die Interessen des bürgerlichen Staates kümmern, die zurzeit für Viele ihren Ausdruck Finden in den Wahlen zum bürgerlichen Parlament. Die Interessen des Proletariats werden wo anders und anders entschieden. Durch die proletarische Revolution. „Die nicht fern mehr ist!" Die tot ist in den Augen vieler Proletarier. Aber selbst Kapitalisten hören ihren ehernen Tritt. Heute noch etwas von fern. Besonders die Sozialdemokraten heutiger Färbung, alias Kaisersozialisten, wollen die Revolution totschreien.

Im „Vorwärts" von früher sah es in dieser Beziehung anders aus. Besonders in den Märztagen. Nehmen wir den „Vorwärts" vom 18. März 1911 zur Hand, so lesen wir im Leitartikel mit dem Titel „Der 18. März", folgendes:

„Am dritten Jahrestage der Revolution, 1851, als ganz Deutschland unter der Schmach der infamen Konterrevolution ächzte, ließ Ferdinand Freiligrath die Revolution sprechen:

Die Zukunft, die nicht fern mehr ist!
Sie spricht mit dreistem Prophetenmund
So gut wie weiland unser Gott:
Ich war, ich bin — ich werde sein!

Mit welchem Spott und Hohn mögen es damals die Machthaber vernommen haben. War nicht alles vorbei, saßen sie nicht wieder fest im Sattel; decken die Gräber nicht längst das modernde Gebein der Rebellen? Hatte nicht der Spießbürger den Schießknüppel für immer vernichtet? Herrschte nicht wieder Ruhe und Ordnung weit und breit? Mochte der Dichter im Exil immerhin drohen und prophezeien; eine gute Zensur wachte darüber, daß seine Worte nicht die Schläfer weckten. Ach und es war ja so wenig Gefahr, daß sie erwachten! Das „tolle Jahr" war nur noch ein böser Traum. — Und heute? Heute nach sechzig Jahren schlagen Millionen Herzen unverzüglich, wenn der Revolution stolze Losung widerschallt:

Ich war, ich bin — ich werde sein!
Ich werde sein, und wiederum
voraus den Völkern werd' ich gehn!
Auf eurem Nacken, eurem Haupt,
Auf euren Kronen werd' ich stehn!

Heute wissen die Machthaber genau, daß die Welt schwanger ist mit einer Revolution, gegen die 1848 ein Kinderspiel war. Sie wissen, daß es kein Entrinnen gibt und bauen nur noch auf die rohe Gewalt, auf die Flinte, die schießt, und den Säbel, der haut. Oder sie tun wenigstens, als ob sie's glauben. Denn sie wissen sehr wohl, daß zu dem Arm, der die Flinte regiert und den Säbel ein Kopf gehört und daß Tag für Tag in den Köpfen die Gedanken klarer werden. Sie wissen ferner, daß seitdem ein anderes Dichterwort erprobt ist, das Wort

„Alle Räder stehen still,
wenn dein starker Arm es will"

daß dieses Wort die Drohung eines furchtbaren Kampfes enthält, eines Kampfes, in dem selbst die Schnellfeuergeschütze und Kleinkalibrigen versagen."

Soviel für diesmal. Wenn wir heute unter einer „infamen Konterrevolution" leben, so schulden wir das dem Umstand, daß ein Teil von damals „infame Konterrevolution" geworden ist. Das müssen wir den Arbeitern an Hand geschichtlicher Beispiele klar machen. Wie vertraut das alles klingt: „Ruhe und Ordnung, Zensur, die Schläfer nicht wecken, die tollen Jahre, ein böser Traum." Wir wissen, daß Millionen Herzen wieder höher schlagen werden, wenn der Revolution stolze Losungen widerhallen und daß die endgültige Auseinandersetzung anders aussehen wird und muß wie 1848 und 1918. Dafür werden wir sorgen. Das nächste Mal mehr über den Wandel der Zeiten.

Gesundungskrise mit Bankenkrach

Wie tief die Krise in die Wirtschaft eingedrungen ist und wie die Aufsaugung der Kleinen durch die Großen unaufhaltsam seinen Weg geht, beweisen die in letzter Zeit zusammengebrochenen Banken.

Etliche Beispiele reden eine deutliche Sprache. Am 1. April war es die Bank Walter Goldschmidt & Co. A.-G. in Bonn und Köln. Am 2. April das Bankgeschäft Mayer & Co. in Düsseldorf. Am 3. April das Bankhaus Jansen & Denker, Berlin und die Frankfurter Hansa-Bank A.-G. Am 6. April die Leipziger Effekten- und Wechselbank und eine weitere Leipziger Privatbank. Am 8. April das Berliner Bankhaus Sachs, Warschauer & Co. Am 9. April die Hamburger Firma S. Hesse und die Firma Lippstädt & Co.

In Chemnitz hat die Hermesbank A.-G., zu deren Kundenkreis vor allem kleine Gewerbetreibende gehören, den Konkurs angemeldet. An allen Börsenplätzen sind es weiter eine ganze Anzahl von kleineren Bankgeschäften, die ihre Zahlungen einstellten.

Beim Proletariat kann ja nichts mehr krachen; denn seine Ration, die ihm das Kapital gibt, ist nicht so bemessen, daß da noch der deutsche Spar- und Spekulationssinn mit befriedigt werden kann. Aber eins kann noch krachen, daß sind seine Ketten. Diese zersprengen, daß es in den Nachbarländern gehört wird, ist seine heiligste, größte Pflicht.

Der Parlamentarismus

Die Gefährlichkeit des Parlamentarismus

Von Rittlinghausen.

(Rittlinghausen war Mitglied des Frankfurter Volksparlaments von 1848 und ein bürgerlicher Demokrat.)

Volksvertretung ist nichts als Fiktion. Der Abgeordnete vertritt nur sich selbst, denn er gibt seine Stimme und handelt gemäß seinem Willen und nicht laut dem Willen seiner Auftraggeber. Er kann für seine Person ja sagen, wo die anderen nein sagen würden, und er tut das auch in den meisten Fällen. Die Vertretung des Volkes ist somit aufgehoben, wenn man darunter das beständige Zuwiderhandeln gegen das Interesse und die Meinung des Volkes nicht verstehen will. Sollte sich jedoch unter den Abgeordneten wirklich ein weißer Rabe, ein wirklicher Volksvertreter vorfinden, so wäre trotzdem der eine kleiner Bruchteil des Volkes vertreten, und auch dieser Teil würde nicht zur Geltendmachung seiner Interessen kommen, wenn sich im Abgeordnetenhause die Mehrheit der übrigen Abgeordneten dagegen erklären würde.

Bei den Wahlen hat der Irrtümer stets Vorteil gegenüber einem Ehrlichen, da er über eine Auswahl von Mitteln gebietet, die der Ehrliche verabscheuen muß. Die Dummheit triumphiert über das Talent, denn dreiviertel der Wähler geben ihre Stimme ab ohne ihren Kandidaten zu kennen oder ihn beurteilen zu können. Folglich sind die Wahlen schon eine grobe Täuschung. Im Parlament indem viele ehrenwerte Leute sitzen, ihren Charakter. Der Mensch mag noch ehrlich sein, im Parlament lernt er seine Ueberzeugung verleugnen. Das parlamentarische System enthält eine Unmasse von Versuchungen, denen ein Irdischer nicht ausgesetzt werden darf. So z. B. die Versuchung sich zu bereichern, das Einkommen für sich und seine Familie auf Kosten der Wähler zu erhöhen, ohne damit ein gesetzlich strafbares Verbrechen zu begehen. Hierdurch entstehen fortwährende Meinungswechsel in den Reihen der Gewählten, sobald es zu einer Majorität unredlicher Vertreter fremder Interessen niemals kommt. — Die Furcht, nicht wiedergewählt zu werden, greift bei einem dieser schlimmen Vertreter nicht Platz, denn jemehr er seinem Mandate zuwiderhandelt, desto sicherer ist ihm die Gewißheit, wieder ins Parlament zu kommen, sei es auch mit Hilfe irgend einer korrumpierten Volksvertretung, die ganz zu Diensten der Regierung steht. Auf diese Weise bringen es die verwerflichsten Abgeordneten zur längeren prestigeberichen Karriere und überleben alle Regime-Wechsel. Es wäre nicht schwer Beispiele zu zitieren, man hätte unter vielen bekannten Namen zu wählen . . .

Sozialdemokratie und Parlamentarismus

Von Wilhelm Liebknecht.

(Aus einer Schrift, Ende der 70er Jahre.)

Die Sozialdemokratie darf unter keinen Umständen und auf keinem Gebiet mit den Gegnern verhandeln. Verhandeln kann man nur, wo eine gemeinsame Basis besteht. Mit prinzipiellen Gegnern verhandeln, heißt sein Prinzip opfern. Prinzipien sind unteilbar, sie werden entweder ganz bewahrt oder ganz geopfert, was anderes gibt es nicht. Die geringste prinzipielle Konzession ist die Aufgebung des Prinzips. Wer mit Feinden parlamentelt, parlamentiert, wer parlamentiert, paktiert. Doch auch ganz abgesehen von dem eigentlich politischen Standpunkt hat eine Beteiligung unserer Partei an den Parlamentswahlen nicht den mindesten praktischen Nutzen. Ebenso praktisch würde es sein, unsere Prinzipien den Meereswogen vorzuplaudern — und nicht so lächerlich. Die Führer der bürgerlichen Parteien wissen sehr gut, was wir wollen. Ihnen gegenüber, wie Bismarck sagt, der Reichstag fast ausschließlich vertretenen herrschenden Klassen gegenüber ist der Sozialismus keine Frage der Theorie mehr, sondern eine Machtfrage.

Aber angenommen, die Regierung mache von ihrer Macht aus Kraftgefühl oder Berechnung keinen Gebrauch, und es gelinge, wie das der Traum einiger sozialistischer Phantasiepolitiker ist, eine sozialdemokratische Majorität in den Reichstag zu wählen, was sollte die Mehrheit tun? Die Hände hoch zu halte. Jetzt ist der Moment die Gesellschaft umzugestalten und den Staat. Die Majorität faßt einen weltgeschichtlichen Beschluß, die neue Zeit wird geboren — — nein, man jagt die sozialdemokratische Majorität zum Tempel hinaus und gibt ihr Gelegenheit, über ihr donquichotisches Treiben nachzudenken.

Nicht einen Vorteil! Und nun auf der andern Seite die Nachteile: Das Prinzip geopfert, der erste politische Kampf zur parlamentarischen Spiegelfechterei herabgewürdigt, das Volk zu dem Wahn verführt, der Bismarckische Reichstag sei zur Lösung der sozialen Frage berufen. — Und wir sollen „aus praktischen Gründen" parlamentelnd? Nur der Verrat oder die Kurzsichtigkeit kann es uns zumuten. —

Revolutionäre Arbeiterpartei und kleinbürgerliche Demokratie

Von Karl Marx.

. . . Die demokratischen Kleinbürger, weit entfernt, für die revolutionären Proletarier die ganze Gesellschaft umwälzen zu wollen, erstreben eine Aenderung der gesellschaftlichen Zustände, wodurch die bestehende Gesellschaft möglichst erträglich und bequem gemacht wird. Was aber die Arbeiter angeht, so steht vor allem fest, daß sie Lohnarbeiter bleiben sollen wie bisher, nur wünschen diese Kleinbürger den Arbeitern besseren Lohn und eine gesicherte Existenz, und hoffen dies durch eine teilweise Beschäftigung von seiten des Staates und durch Wohltätigkeitsmaßregeln zu erreichen; kurz: sie hoffen die Arbeiter durch mehr oder minder versteckte Almosen zu bestechen und ihre revolutionäre Kraft durch momentane Erträglichmachung ihrer Lage zu brechen. — Im gegenwärtigen Augenblick predigen diese demokratischen Kleinbürger dem Proletariat im allgemeinen Einigung und Versöhnung, es bieten ihm die Hand und streben nach der Herstellung einer großen Oppositionspartei, die alle Schattierungen umfaßt. Eine solche Vereinigung würde ganz zum Nachteil des Proletariats ausfallen. Das Proletariat würde seine ganze selbständige, mühsam erkaufte Stellung verlieren und wieder zum Anhängsel der offiziellen bürgerlichen Demokratie herabsinken. Diese Vereinigung muß also auf das entschiedenste zurückgewiesen werden. Es versteht sich, daß bei den bevorstehenden blutigen Konflikten, wie bei allen früheren, die Arbeiter durch ihren Mut, ihre Entschiedenheit und Aufopferung hauptsächlich werden den Sieg zu erkämpfen haben. Wie bisher werden auch in diesem Kampfe die Kleinbürger in Masse sich solange wie möglich zaudernd, unschlüssig und untätig verhalten, um dann, sobald der Sieg entschieden ist, ihn für sich in Beschlag zu nehmen, die Arbeiter zur Ruhe und Heimkehr an ihre Arbeit aufzufordern, sogenannte Exzesse zu verhüten und das Proletariat von den Früchten des Sieges auszuschließen. Es liegt nicht in der Macht der Arbeiter, den demokratischen Kleinbürgern dies zu verwehren, aber es liegt in ihrer Macht, ihnen das Aufkommen gegenüber dem bewaffneten Proletariat zu erschweren und ihnen solche Bedingungen zu diktieren, daß die Herrschaft der Kleinbürger von vornherein den Keim des Untergangs in sich trägt und ihre exclusive Verwaltung dann durch die Herrschaft der Arbeiter erleichtert wird. Die Arbeiter müssen dafür sorgen, daß die unmittelbare revolutionäre Aufregung nicht sogleich nach dem Siege wieder unterdrückt wird. Sie müssen sie im Gegenteil so lange wie möglich aufrecht erhalten.

Unser Interesse muß es sein, die Revolution permanent zu machen, so lange, bis die Staatsgewalt vom Proletariat erobert und die Association der Proletarier nicht nur in einem Lande, sondern in allen herrschenden Ländern der ganzen Welt so weit vorgeschritten ist, daß die Konkurrenz der Proletarier in diesen Ländern aufhört und wenigstens die entscheidenden produktiven Kräfte in den Händen des Proletariats konzentriert sind. Es kann sich für uns nicht um Veränderung des Privateigentums handeln, sondern nur um seine Vernichtung, nicht um Verhüllung der Klassengegensätze, sondern um Aufhebung der Klassen, nicht um Verbesserung der bestehenden Gesellschaft, sondern um Errichtung einer neuen. (1850)

Stinnes gestorben

Der am Donnerstag, den 10. April verstorbene Hugo Stinnes ist der typische Vertreter des schwerindustriellen Kapitals, welches in Westeuropa durch den Krieg zur ungeheuren Konzentration geschritten ist und diese nach dem militärischen Zusammenbruch 1918 systematisch fortsetzte.

Als 1918 der Zusammenbruch in die proletarische Revolution umschlug und deren Blitze das kapitalistische Chaos grell beleuchteten und das Privateigentum an den Produktionsmitteln, die Grundlage dieser bürgerlichen Gesellschaftsordnung vom revolutionären Proletariat stark bedroht war, entsprang als Angstprodukt die Arbeitsgemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit. Der Dank von Stinnes, der nur der Ausfluß des Dankes des Teils der Bourgeoisie war, der die Bedeutung der Gewerkschaften für die Weiterexistenz des Kapitals erkannt hatte, äußerte sich sogar in einem Freundschaftsverhältnis mit Karl Legien, dem verstorbenen Vorsitzenden des ADGB. Daß Stinnes dann seinen großen Dampfer „Legien" taufte und die damals „berühmte" Rede hielt, war dem revolutionären Proletariat „nichts überraschendes.

Wenn der „Vorwärts" vom Händler und Spekulant spricht und die Freundschaft von Legien mit Stinnes verschweigt, so hat das jetzt seine guten Gründe. Wäre Stinnes 1921 gestorben, so wäre der Nachruf des „Arbeiterblattes" ein anderer gewesen.

Die ungeheure Krise des Weltkapitals zwingt die Bourgeoisie zur brutalen Unterdrückung und Aussaugung des Proletariats. Dabei ging sogar die Arbeitsgemeinschaft in die Brüche und das Kapital ist dabei, sich eine neue, eine den ehernen Profitnotwendigkeiten angepaßte, zu schaffen. Werkgemeinschaft ist das Schlagwort dafür und in der völkischen, faschistischen Bewegung ist die Grundlage für das Kapital gegeben, seine Arbeitsgemeinschaft, die es jetzt für notwendig hält, da nach seiner Meinung das Proletariat von vielen Streiken kuriert ist und es keinen Angriff auf seine Grundlage, das Privateigentum, befürchtet.

Der Tod von Stinnes hat wirklich keine Bedeutung fürs Proletariat, wie überhaupt der Tod eines einzelnen keine große Rolle im Wirtschaftsleben spielt. Das System, das es ermöglicht, mit Hilfe des Besitzes von Produktionsmitteln seine Mitmenschen auszubeuten und sich so zu bereichern, das der kranke wie gesunde Stinnes nicht mehr wußte, wie weit seine Verbindungen gehen, ist das, was das Proletariat bei Strafe seines Untergangs beseitigen muß. Stinnes hatte erkannt, daß durch den Krieg die Absatzmärkte fürs Kapital, ohne die eine Entwicklung nicht möglich ist, stark zerstört und fürs deutsche Kapital sehr schwer erreichbar waren. Im Interesse des Profits, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu sein, ging seine Interessengruppe an den Zusammenschluß von nicht nur gleichgerichteten Produkten und Industrien, sondern in dem Stinnes-Konzern vereinigten sich die Rohprodukte bis zum Fertigfabrikat. Diese ungeheure Zusammenballung von wirtschaftlichen Kräften außern sich naturnotwendig in den politischen Verhältnissen, da dieselben nur die Wiederspiegelung der wirtschaftlichen Faktoren sind.

Das Proletariat kann beim Tode von Stinnes mal darüber nachdenken, ob es aus der Organisation seines Klassengegners nichts zu lernen hat. Dieser Kapitalist, der kalt und gelassen zu immer höherer Organisation und Zusammenballung schreiten konnte, der ehemalige Sozialdemokrat zu seinen gelstigen Lohnsklaven machte und die ihre Erfahrungen vom Proletariat jetzt gegen es ausnützen, hat dem Proletariat zugleich die Unfähigkeit seiner alten Organisationsformen im Befreiungskampf vom Kapital klar aufgezeigt. Klar kann das Proletariat sehen, wenn es will. Das nicht mehr Berufs- oder wie der neue Schlager lautet, Industrieorganisationen für die Bestimmung des Systems in Frage kommen, sondern genau so, wie das Kapital sich als Klasse immer enger zusammenschließt im Interesse seines Klasseninteis, des Profits, so muß auch das Proletariat sich als Klasse zur Erringung seines Klasseninteis, dem Kommunismus, zusammenschließen.

Genau wie das Kapital international ist und keine Grenzen kennt, wo welche hindernd im Wege stehen, werden sie zertrampelt, so hat auch das Proletariat keine Grenzen zu kennen, sondern klar und zielbewußt im Sinne des internationalen Klassenkampfes zu wirken und in den Kämpfen zwischen Kapital und Arbeit, d. h. der Bedarfswirtschaft, den Sieg zu sichern.

Stinnes ist tot. Das System Stinnes lebt. Dem System gilt unser Kampf.

Ein Parasit

Wir haben uns neulich schon einmal mit diesem Burschen beschäftigt. Eine Notiz im „Vorwärts" vom 10. April, betitelt „Kommunistische Frechheit", von Franz Künstler, zwingt uns, diesem Meister der Klopffechterkunst erneut auf die Finger zu klopfen. Wir tun das nicht deswegen und haben auch keine Veranlassung, die KPD. in Schutz zu nehmen. Aber vielleicht lernt einmal die KPD. in dieser Beziehung etwas, daß man in öffentlichen Versammlungen nicht mit Saalschutz (SPD.) oder Hundertschaften (KPD.) gegen Proletarier mit einer andern Meinung arbeitet.

Er nennt das Gipfel der Unverschämtheit und frechte kommunistische Berichterstattung, wenn die „Rote Fahne" schreibt, daß er gesagt hat, „daß die Sozialdemokraten mit den kommunistischen Zuchthäuslern nichts zu tun haben wollen."

Mit einer Spatzenlogik bringt er den „wahren Sachverhalt" und schreibt: „Wir müssen es ablehnen, mit der KP. über Moral und Demokratie zu streiten, solange diese Partei einen Verbrecher wie Hölle für die bevorstehende Reichstagswahl als ihren Spitzenkandidat nominiert. Kandidat nicht Kandidaten, M. d. R.-deusch! Also will man mit kommunistischen Zuchthäuslern doch nichts zu tun haben, denn Hölle ist doch auch einer! Sie werden sich stolz sein, von Klein- und andere Bürger als Verbrecher von der kapitalistischen Gesellschaftsordnung bezeichnet zu werden. Das ist uns interessiert uns. Der kolossale Mut dieses Künstlers. Eichhorn bekommt seine Fußtritt, weil er sich erdreistet, als Sprecherheit seine Pflicht getan hat. Dieser Künstler war nämlich mal radikal so lange, wie er „unten" war. Dann war er in der USP., weil die Posteinkletterei dort am leichtesten schien. Diese Burschen haben eine Nase wie's Spürhund. Da mußte man radikal sein sogar bis zur Diktatur des Proletariats und schimpfen über die „Gesellschaft", bei welcher man sich heut befindet, bis zum M. d. R. und in den Parteivorstand, dank Eichhorns. Dann war's natürlich nicht mehr nötig. Halle war die erste Probe. Da stand er rechts. Gera eine andere. Wieder rechts, hinüber zu „dieser Gesellschaft". Da ist der „Mut" dieses Künstlers nämlich der, auf Kosten des Proletariats immer oben zu bleiben. „Mutige Leute" gehen immer nach rechts!

Solche Typen könnte man dutzendweise in der „völkerbefreienden SPD." aufsuchen. Mag dieses eine Beispiel wieder mal genügen. Solche Parasiten können natürlich nur auf dem Boden der bürgerlich-parlamentarischen Ordnung existieren. Sind sogar Vertreter der gesamten Nation.

Wollen die Proletarier mit dieser verwederten Gesellschaft nicht untergehen, dann müssen die Schluß machen mit dem ganzen parlamentarischen Plunder. Auf der Kampfruf der proletarischen Revolution brause durch alle Gassen: **Alle Macht den Räten!**

Das Programm der Revolution*)

Die Geschichte der deutschen Arbeiterklasse ist eine Geschichte ihrer Niederlagen. Ihre Niederlagen waren die stärksten Quellen neuer Kraft, jungen Werdens, aufbauenden, schöpferischen Wollens. Nach jedem Kampfabschnitt sammelte sie sich erneut und versuchte immer wieder, bewußt und unbewußt, gegen ihre Ausbeuter anzurennen. Sie schuf sich Organisationen und Verbände, um ihre gewaltige Kraft einheitlicher und konzentrierter anwenden zu können. Sie wuchs in sich und an sich selbst empor. Und trug dennoch immer wieder den Keim zur nächsten Niederlage in ihrer Brust. Der Bürokratismus, das Wesen einer Führerpartei, der stets das Bedürfnis nach geordneten und sicheren Bahnen hat, drängte zu legaler Betätigung und Schulung der Massen zu guten Staatsbürgern. Beides Dinge, die im Rahmen einer revolutionären Organisation nur durch glatten und bewußten Verrat an den Lebensinteressen des Proletariats ermöglicht werden können.

Dieser Verrat wurde ihnen jedoch so leicht gemacht, weil das Proletariat in seiner großen Mehrzahl diese Dinge gar nicht kah und deshalb auch nicht begriff. So ging das den Niederlagen gesammelten Erfahrungen stimmten mit den Worten dieser wahrhaft revolutionären Partei, der Kommunistischen Arbeiterpartei, zu genau überein, um vom Proletariat fernerhin ganz übersehen werden zu können. Sie wurde Wecker und Mahner und sah es nach wie vor als ihre ureigenste Aufgabe an, dem Proletariat den Spiegel der Stunde vorzuhalten, ihm zu sagen, was ist, mit aller Rücksichtslosigkeit und den Endkampf für den Kommunismus vorzubereiten.

Dieser Aufgabe, die sich die Kommunistische Arbeiterpartei selbst gesteckt hat, ist sie bisher in jeder Weise gerecht geworden. Ihre Erfahrungen und Erkenntnisse bis zu den allerletzten Kampfjahren hat sie erneut niedergelegt in dem Januar 1924 herausgegebenen „Programm und Organisations-Statut der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands". Eine ganz grundlegende Schrift, die durch ihre Klarheit und Deutlichkeit, durch die Fülle ihrer Anregungen und der von ihr ausströmenden Kraft dazu berufen ist, Wegführer des revolutionären Proletariats zu sein.

Ein Programm ist schließlich kein Rezept wie die Revolution gemacht werden kann. Ganz gewiß nicht. Aber es ist doch auf alle Fälle etwas mehr als nur eine theoretisch belehrende oder anfeuernde Schrift. Ein Programm muß, um Daseinberechtigung zu haben, leicht faßlich geschrieben sein und trotzdem alle Dinge so kritisch beleuchten, daß über den Inhalt derselben auch nicht der leiseste Zweifel bestehen kann; es muß das Feuer der Begeisterung in sich tragen, um Begeisterung und Aufopferung wecken zu können; es muß ein Sammelpunkt zu neuem Aufstieg, ein Fanal zu weiterem, unaufhaltsamen Kampf sein. So gewogen, wird das Programm der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands nicht zu leicht gefunden. Es wird seine Aufgabe erfüllen.

Es steht mitten drin im Kampf, ein Wegweiser, Berater, Eroberer. Es zeigt die Aufgaben des wahrhaft revolutionären Proletariats mit einer Schärfe auf, die nichts an Deutlichkeit zu wünschen übrig läßt. Dieses Programm ganz gründlich durchstudiert zu haben, es zu besitzen, nicht nur als materielles, sondern vor allem als geistiges Eigentum, ist grundlegende Voraussetzung einer bahnbrechenden revolutionierenden Arbeit. Es gibt auf alle Fragen der täglichen Betrugsmanöver an der arbeitenden Klasse die Antwort des Revolutionärs. Es weist mit zwingender Logik den Weg des rücksichtslosesten und schärfsten Klassenkampfes. Es soll und muß das Bindeglied der Gemeinschaft des revolutionären Proletariats sein.

Wer unter dem Gesichtswinkel dieses „Programms der Revolution" die Welt betrachtet, dem wird um seinen Standpunkt zu den bestehenden sowohl, als auch zu neu auftauchenden Fragen nicht bange sein. Gilt es Stellung zu nehmen zu den Gewerkschaften, zu den Parteien, den Wahlen, den Betriebsräten, den Betriebszellen, der Internationale, kurz zu den Dingen des täglichen Kleinkampfes und der Diskussionen mit Kollegen im Betriebe, so gibt das Programm die einzig mögliche Antwort darauf, daß es in der kapitalistischen Wirtschaftsform keinerlei Kompromisse zwischen Ausbeuter und Ausgebeuteten, daß es kein friedliches Hineinwachsen in den Kommunismus geben kann, sondern nur den rücksichtslosesten Klassenkampf, die Eroberung der politischen Macht und die Diktatur des Proletariats.

Das Programm behandelt in seinen einzelnen Abschnitten den Aufstieg und Niedergang der kapitalistischen Wirtschaft im Zeitalter des Imperialismus; die Folgen des Weltkrieges und der Friedensschlüsse für die bürgerliche Gesellschaft und Proletariat. Die Rolle und Bedeutung der Kommunistischen Arbeiter-Partei im Befreiungskampf der Arbeiterklasse, ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften und parlamentarischen Parteien, sowie ihre Stellung zur Allgemeinen Arbeiter-Union, Jugendfrage und zur Kommunistischen Arbeiter-Internationale. Richtlinien zur Agrarfrage. Die Aufgaben der Arbeiterklasse nach der Uebernahme der politischen Macht.

Kurz: es ist das Programm der Revolution und als solches die theoretische und praktische Grundlage für die nächsten Kämpfe.

Programm und Organisations-Statut der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Das sehr sauber auf holzfreiem Papier gedruckte und ausgestattete Buch ist eine wahre Fundgrube für jeden Genossen. Alle Genossen werden seit langem auf dieses Buch warten. Es gibt nur ein Urteil:

Jeder Genosse muß das Programm der KAPD. lesen und für weiteste Verbreitung sorgen!

Der Preis beträgt 1,— Goldmark.

Versand nur gegen Voreinsendung oder Nachnahme des Betrages durch den

Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

*) Programm und Organisations-Statut der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. Erhältlich durch die Berliner Organisation der KAPD. und bei allen Funktionären der KAP. und AAU.

Werkswille

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht die DAZ. das verstorbenen Stinnes vom 10. April den Brief eines Arbeiters, den derselbe als Antwort auf die von Borsig gehaltene Rede auf der Tagung der Industrie geschrieben haben soll. Entnommen ist der Brief mit Abkürzungen aus der Werkzeitung der Borsig-Werke. Leiter dieser Zeitschrift ist Dr. A. Striemer, der sattsam bekannte ehemalige Leiter der Betriebsräte-zeitung, die als Organ des ADGB. und der Afa, die den Perlen der Betriebe den Weg der Sozialisierung weisen wollte.

In der DAZ. vom 30. August 1921 hatte ein Syndikus eines Industriellenverbandes einen Artikel veröffentlicht, in dem für den Wiederaufbau praktische Vorschläge gemacht wurden. Es war das Programm der Planwirtschaft, lies Stinnesierung, wie wir sie tatsächlich erlebt haben, nämlich vollständige Ausporwerung des Proletariats.

Den damaligen Artikel eines schwerindustriellen Syndikus druckte die Betriebsrätezeitung von Striemer mit folgender Kopfnote ab:

**„In der DAZ. vom 30. August 1921 erschien dieser

Jahrg. 5. Nr. 30

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mark

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Strassenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

April 1924

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 30020.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Amsterdam

Die Papier-Rentenmark

Die stabile Rentenmark wackelt ganz bedenklich. Die Bourgeoisie ergreift schon wieder panisches Entsetzen. Es beginnt mit voller Wucht die Flucht aus der Rentenmark. Die Erfahrungen mit der Papiermark haben das Kapital gewitzt gemacht. Der amtliche Durchhaltepressefeldzug läßt liebliche Erinnerungen auftauchen. Man sieht ihn als böses Zeichen. Alle große Männer auf dem Gebiet der Finanzen müssen reden.

Der Reichsbankpräsident versichert zum hundertstenmal, wir lassen die Rentenmark nicht fallen. Das Ausland kümmert sich nicht um die Reden der deutschen Durchhaltepolitiker, sondern hält sich an die nackten Tatsachen. Dies ist die steigende Verschuldung des deutschen Kapitals. Die beiden ersten Monate des Jahres brachten einen Einfuhrüberschuß von 358 Millionen Goldmark. Diese müssen abgedeckt werden. Das gesamte vorhandene Devisenmaterial hat zum Import gedient. Die ausländischen Kredite fielen dabei wenig ins Gewicht. Dieses Freimachen der Valutabestände hat sicher zu einer Belebung der Wirtschaft beigetragen, es war nur der Fehler, daß davon allein der Binnenmarkt profitierte. Der innere Verbrauch stieg enorm, während die Ausfuhr fiel. Es floß dadurch kein Devisenmaterial in die deutsche Wirtschaft zurück.

Die Importeure riskierten ihre Devisen und tauschten sie gegen Rentenmark um. Die Zuteilungen durch die Reichsbank betrugen die letzte Zeit über 1 Prozent des Bedarfs. Es setzte aus diesem Grunde eine verstärkte Nachfrage nach Devisen ein, denn der Import mußte aufhören. Alle Kredite, die die Importeure bekamen, suchten sich wieder auf dem Devisenmarkt bemerkbar und drückten den Kurs der Mark. Um dies zu verhindern, setzte die Kreditsperre der Reichsbank mit dem Erfolge ein, daß die Zahlungsschwierigkeiten der deutschen Wirtschaft enorm stiegen. Das beste Zeichen ist das völlige Versagen der Banken. Es soll damit nicht auf die sich behelfenden Konkurse hingewiesen werden, sondern auf die immer steigende Unmöglichkeit, der Wirtschaft die notwendigen Kredite zu verschaffen. Es wird jetzt kurzfristig für bares Geld 7 Prozent monatlich gegeben, das sind 84 Prozent jährlich, während im Ausland Kapital zu 8—10 Prozent jährlich zu erhalten ist. Der hohe Zinsfuß verstärkt den Druck des Kapitals in der Richtung zur Inflation.

Das deutsche Kapital befindet sich dadurch in einer weit schärferen Krise, als dies Mitte November der Fall war. Jetzt erst beginnt der eigentliche Kampf um die Stabilisierung. Das deutsche Kapital muß sich mit den vorhandenen Mitteln nicht nur einrichten, sondern auch noch mit ihnen gewaltige Abgaben begleichen. Wenn schon jetzt ohne irgendwelche Belastungen die Rentenmark zusammenbricht, so kann man sich sehr gut vorstellen, was erst später kommen wird.

Die von der Rentenbank der Reichsbank für Krediterfordernisse zur Verfügung gestellten, 1200 Millionen Mark reichen nicht im geringsten zur Deckung des Bedarfs aus. Das landwirtschaftliche Kapital, welches zwei Drittel der Summe erhalten hat, erhebt ein wüstes Geschrei über ihre Zurücksetzung. Es kann damit nichts anfangen. Das industrielle Kapital schreit nicht minder. Es ist diesmal absolut keine Preßkampagne, durch die das erreichte Ziel verdeckt werden soll. Man muß nur an den ungeheuren Kapitalschwund denken und dagegensetzen, daß der Umfang der deutschen Produktionsmittel fast derselbe geblieben ist. Zur Zeit des Kriegsregimes hatte das deutsche Kapital nicht weniger als 29,8 Milliarden Goldmark dem Ausland langfristig ausgeliehen. Ende 1922 betrug die gesamte deutsche Kapitalsanlage zusätzlich der sog. „Kapitalfluchtwerte" 7,55 Milliarden Goldmark. Dies bedeutet für die angegebene Zeit einen Verlust von drei Viertel des angelegten Kapitals.

In denselben Zeit haben sich die deutschen Kapitalschulden an das Ausland fast vierdreifach. Sie werden auf 7,85 Milliarden Goldmark angegeben. Im Jahre 1923 hat sich infolge des Ruhreinbruchs und der steigenden Invasion des ausländischen Kapitals insbesondere auf dem Grundstückmarkt dies Verhältnis sicher noch verschlechtert. Die Passivität der Handelsbilanz in neuem Jahr wirkt auf ein weiteres Steigen der Verschuldung hin. Die Bluturmut der deutschen Wirtschaft zeigt sich am besten in der Höhe der Spareinlagen, die ein Achtzigstel der Vorkriegszeit betragen. Das Industriekapital kann also vom deutschen Markt nicht eine Belebung erwarten. Es ist auf ausländischen Kredit angewiesen. Dieser kann es nicht erhalten, wenn es sich nicht für eine positive Lösung der Reparationsfrage einsetzt.

Die Proletarier der KPD. möchten sich aber mal, und daß sind sie im Interesse der Fortführung der Revolution verpflichtet zu tun, die Siege der „Roten Fahne" durch den Kopf gehen lassen. Sind die Lehren vom Oktober 1923 so schnell vergessen, daß man mit solchen haneblichenem Zeug noch das Proletariat verhöhnen kann.

Schatten kommender Ereignisse

Fürs deutsche Proletariat scheint eins dieser großen Ereignisse die Wahl zu „seinem" Hause, am Königsplatz, am 4. Mai zu sein. Viel wird drüber diskutiert. Wenn noch vor etlichen Wochen in den Betrieben die Aussprüche: „Ha, ick und wählen, so siehste aus", ziemlich oft vorkamen, so hat mittlerweile doch die Presse, die siebente Großmacht, wiedermal bewiesen, daß sie die öffentliche Meinung macht.

Der Beobachter merkt, wie langsam, aber sicher und in stetig wachsender Form die Massen von dem Wahlfieber erfaßt werden und ihnen der „Tag der Abrechnung" schon viel zu fern liegt. Daß sie gar nicht schnell genug den Tag „der Rache" erwarten können; denn rächen wollen sich alle mit ihrem Stimmzettel. Von den Deutschvölkischen bis zu den „Kommunisten", alle haben ihrem Zettel einen Schwur mitzugeben, der allerdings oft am nächsten Tag schon wieder vergessen ist.

Der völkische Wähler will sich rächen an den krummnasigen Juden, die bloß alle Geschäfte allein abwickeln und dem edlen Germanenblut das Leben so heiß machen. Allerdings ist diese Frage der Rassenreinheit bei den sechsundzwanzig Richtungen noch nicht geklärt. Eine wirft der andern gemischtes Blut und jüdische Versippung vor. Daß man unbeschnitten ist, gilt noch lange nicht als germanisch. Einig sind sich diese „Erneuerer" Deutschlands im Kampf gegen den revolutionären Marxismus, d. h. gegen das Proletariat.

Den „Kampf gegen die Juden" hat man nur so vorgeschoben; um die Proleten, die nie alle werden, nebst den kleinen Krämern, für sich einfangen zu können, und weil sich mit dem geistig unnächtigen Arbeiterstand „Kampf gegen das revolutionäre Proletariat" leicht führen läßt und man dadurch das Ziel, die vollständige Niederknüttelung des Proletariats, glaubt sicherer erreichen zu können. Ihrer bedient sich die Bourgeoisie, soweit sie zu gebrauchen sind.

Der Bourgeois wählt seine Richtung, die der Ausdruck seiner wirtschaftlichen Macht ist. Demokratische und Deutsche Volkspartei, jetzt noch der Stinnesflügel, die nationalliberale Partei, das Zentrum nebst den Demokraten sind die Parteien der Bourgeoisie, deren Parole nach wie vor, Ruhe und Ordnung und Aufstieg des Vaterlandes sind. Das Proletariat sieht in diesen Parolen nichts weiter, als durch Ruhe und Ordnung den Aufstieg des Profits zu sichern.

Unauslöschlicher Haß bezeelt diese Klasse gegen das Proletariat, das und dies wissen sie sehr genau, sie überwinden und ihnen ihr Monopol der Ausbeutung der Menschen entreißen wird, um die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen für immer zu beseitigen. Die Tage des November 1918 mit den darauffolgenden Auseinandersetzungen können und werden sie nicht vergessen.

Gegen die „Reaktion" gegen den Putschismus, für den „Weltfrieden" und für „gerechten Lastenausgleich" geht augenrollend der sozialdemokratische Arbeiter und etwas sozialistisch angehauchte Kleinbürger zur Urne, um mit Hilfe dieses Zettels seiner Idee zum Siege zu verhelfen; denn nur mit geistigen Waffen, und nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren, läßt uns kämpfen und siegen, oder unterliegen. Nicht predigen wir Haß den Reichen, nur gleiches Recht für jedermann usw. Wer kennt nicht diese Tiraden? Mag er auch nicht mit Noskes Taten einverstanden sein, und ihm auch Bayern nicht recht geheuer vorkommen, so hat er doch noch immer „Genossen Ebert", der sich einfach tacko hält und „Genosse Pfeifer" Bleiter ist ja auch noch da.

Wir leisten keine positive Arbeit im Parlament, sondern benutzen es nur zur Agitation und zur Desorganisation der bürgerlichen Staats- und Gemeindeapparate, so sagt die parlamentskommunistische Partei, die die Partei des kämpfenden Proletariats sein will; was aber auch die SPD. von sich behauptet.

Ein Teil der Wähler, die dieser Partei die Stimme geben, denken der Revolution zu dienen und ein anderer Teil glaubt, um die revolutionäre Auseinandersetzung herumzukommen; denn je mehr sich zum „Kommunismus" nach ihrer Meinung bekennen, desto mehr wird sich die Bourgeoisie zurückziehen und desto besser sich die Lage der Arbeiter gestalten. Man sagt sich dann noch, daß als die einzig „richtige" Partei ist, beweist schon ihr Verbot, als Organisation und das Verbot ihrer Zeitung. Darum wählen große Teile Proletarier eben die „Kommunisten". Daneben haben sich noch viele kleine Büros zum Stimmenfang aufgemacht, um ihrem Bürochef einen Sessel zu sichern in dem „großen" Hause.

Doch das Proletariat irrt, irrt ganz gewaltig, wenn es den Tag der Wahl als ein großes Ereigniis betrachtet.

Nichts bedeutet diese Wahlkomödie weiter als ein geschicktes Ablenkungsmanöver der Bourgeoisie; denn das große Ereignis, das seinen Schatten vorauswirft, ist der neue „Friedensschluß" zwischen dem deutschen Kapital und dem Ententekapital. Dieser Frieden wird sehr, sehr hart sein und unerbittlich rüstet die Bourgeoisie zum Abwehrkampf gegen ihren einzigen und wahren Feind, gegen das Proletariat.

Sie weiß, daß die kommende Belastungsprobe das Proletariat aufpeitschen wird und muß; daß diese Lasten, die das Sachverständigengutachten vorsieht, aus dem, nur zum Teil arbeitenden Proletariat, herausgeschunden werden müssen.

Unbedingter Arbeitsfriede muß herrschen, erklärt sie. Keine Streiks dürfen das Werk der „Gesundung" in Frage stellen. Den Belagerungszustand hält man erst gar nicht mehr auf, um sofort vom „Rechtsstandpunkt" mit allen Mitteln eingreifen zu können.

Noch läßt man die Proletarier in ihren so harmlosen Lohnstreiks gewähren, noch glaubt man sich etwas loyal verhalten zu müssen. Inzwischen werden die mit ehrenvoller Festungshaft beglückten Helden des deutschen Vaterlandes, die Revolutionäre niederknallten wie tolle Hunde, aus ihren Erholungsanstalten entlassen, da angeblich krank, und die wirklich schwer kranken Revolutionäre müssen dahinsiechen, weil die Bourgeoisie glaubt, daß das Proletariat ebenso durch das vermeintlich große Ereignis abgelenkt sein wird, daß diese Schaffen von kommenden Ereignissen nicht allzusehr Gewicht beilegen.

Dem Verfall der Rentenmark, dem Steigen der Preise, der stärker werdenden Verelendung trotz teilweiser Beschäftigung, steht es in ungeheurer Ahnungslosigkeit gegenüber. Der „Vorwärts" weiß nichts anderes zu tun, als darüber zu jammern, daß alle Bestimmungen gegen den Wucher aufgehoben werden sollen oder teilweise schon sind, und man weiß nicht, was werden wird, aber kommt eine neue Inflation, ja, dann Gnade, Gott, dann leben alle Schieber und Wucherer in Deutschland herrlich, also darum rasch, wählt uns am 4. Mai.

Während ohne besondere Abgaben der deutschen Wirtschaft und trotz der Stabilisierung die Elende des Proletariats nun das Wunder Rentenmark sich als richtiges Wunder, nämlich, weil es kein Wunder gibt, als ein richtiger Bluff, den man monatelang mit allen Mitteln aufrechterhielt, entpuppt hat und die geheimnisvolle Stabilität zum Teufel geht, können sich die Proletarier ungefähr ein Bild machen, was ihnen nach der Wahl das Kapital alles zugedacht hat, wenn man die Sechlesleistungen bezahlen will.

Bis dahin versucht man noch, um den Proletarier noch etwas bei der Stange zu halten, zu bremsen. Noch läßt man die Gewerkschaften ihre Teilohnstreiks führen, damit sie sich etwas Gehör verschaffen; denn man wird sie gebrauchen in den kommenden Auseinandersetzungen. Die „Völkischen" sind wohl zur augenblicklichen Irreführung teilweise zu gebrauchen, doch den sehen, unermüdlichen Willen zum Aufbau des Kapitals haben eben nur die Gewerkschaftsführer. Auch ist ihre Kenntnis von der Psyche der Massen größer als die der „völkischen" Rivalen. Und Leipzarts Anwesenheit bei der Einsetzungsfeier von Stinnes, inmitten der Industriellen, sollte den Proletariern zu denken geben.

Gebrauchen wird das Kapital beide, Völkische als auch Gewerkschaften, und der Getroffene und Zerschundene wird nur immer allein das Proletariat als Klasse sein.

Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus. Wehe dem Proletariat, daß diese Schatten nicht sehen will. Es wird von den mit elementarer Wucht hereinbrechenden Ereignissen jäh aufgescheucht werden und sich doch entscheiden müssen, und zwar gegen diese Profitordnung, gegen seine eigene Stimmzettelabgabe, gegen alle Illusionen einer friedlichen Lösung seines Lebens innerhalb des Kapitals.

Proletarierbataillone! Rüstet zäh und unermüdlich, aber nicht zum Wahlkampf, sondern für einen Klassenkampf, dem ihr nicht ausweichen könnt, sondern auch durch die großen Ereignisse, durch die gegnerische Klasse, die Bourgeoisie, aufgezwungen wird. Noch ist es nicht zu spät. Nie ist es zu spät, wenn ihr nur als Klasse in den Betrieben den bewußten Anfang macht.

Es lebt noch eine Flamme,
Es grüßt noch eine Saat,
Verzage nicht, noch bange,
Im Anfang war die Tat!

Schüler Ludendorffs, Stinnes ††† hat dem Kapital gesagt, daß nicht Produzieren, sondern Kalkulieren die Geschäft profitabel macht, oder anders gesagt, nur der auf die Vernichtung des Proletariats gerichtete Kampf kann die Gesundungskrise bringen. Die Inflation war ein Fehlgriff, um den Wiederaufbau der kapitalistischen Ordnung herbeizuführen.

In untergehenden Kapitalismus kann das Kapital sich nur durch schärfsten Klassenkampf retten. Der Abbau der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zwingt auch zu dem Abbau

Klassenjustiz

Die kleinbürgerliche Seele ist in Wallung. Deutschland soll angeblich Kopf stehen, denn man muß erschreckend feststellen, daß wir, die deutsche Republik, das freieste Land der Welt, schon seit 1919 eine politische Justiz, eine wirkliche Klassenjustiz haben.

Das Gerichtswesen, die Rechtsprechung, war für den gewöhnlichen Sterblichen, der sich um die Zänkerei der Politik mit ihrem Verderben der Charaktere aus Bequemlichkeit oder sonst welchen, für ihn sehr wichtigen Gründen, nicht kümmert, der Inbegriff der Objektivität. Das deutsche zivile Gerichtswesen war für den Bürger etwas, was über den Parteien, was über den häßlichen Klassenkampf thronte und sich nicht beeinflussen ließ von den Interessen einzelner Gruppen oder einer Klasse.

Nun soll es mit einmal anders geworden sein. Die Prozesse der letzten Monate und Wochen haben diese Illusion gründlich zerstört. Wir brauchten uns nicht so sehr damit beschäftigen, wenn nur das Bürgertum der wilhelminischen Aera die Notschreie ausstoßen würde. Doch da auch das rotschillernde Bürgertum, daß von der Sozialdemokratie vertreten wird und noch immer Arbeiter in ihrem Schlepptau hat, diese „moralischen" Entrüstungsschreie ausstößt, ist es notwendig, vom Standpunkt des revolutionären Proletariats an diese Dinge heranzugehen. Der Schrei der Sozialdemokratie über die politische Justiz ist nicht, wie beim Bürgertum, auf völlige Unkenntnis über die historische Notwendigkeit des Klassenkampfes und der daraus sich ergebenden Klassenjustiz zurückzuführen, sondern bei derselben ist es nichts als häßliche Demagogie; denn sie weiß genau so gut wie das revolutionäre Proletariat, was Marx schon sagte im Kommunistischen Manifest: **„Die Bourgeoisie hat alle bisher ehrwürdigen und mit frommer Scheu betrachteten Tätigkeiten ihres Heiligenscheines entkleidet. Sie hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt.** Die „sozialdemokratischen" Kleinbürger wissen auch ferner, **daß die politische Gewalt im eigentlichen Sinne die organisierte Gewalt einer Klasse zur Unterdrückung einer anderen ist.**

Wenn die Arbeiterschaft von dieser proletarischen Denkweise an alle die sogenannten „Justizverbrechen" des letzten Jahrzehnts herangeht, dann wird es auch erkennen, daß Liebknecht Zuchthausstrafe erhalten mußte. Daß dann nachher jugendge einer Besten langjährige und lebenslängliche Zuchthausstrafen erhielten und noch täglich erhalten und daß Hitler-Urteil so und nicht anders lauten konnte; denn maßgebend ist für die herrschende Klasse, d. h. die im Besitz der wirtschaftlichen und politischen Macht ist, daß der zu Verurteilende an den Pfeilern ihrer Macht gerüttelt hat oder wo er nur die Hülle der Machtpfeiler ein anderes Aussehen geben wollte.

Die Stellung der Juristen ist festgelegt und sie müssen, ob sie wollen oder nicht, als Lohnsklaven der Bourgeoisie auch deren Grundlage und somit ihre eigene schützen und falls sie wankt, mit allen Mitteln versuchen zu festigen.

Die proletarischen Klassenkämpfer nun, die sich vor der Justiz der Bourgeoisie, die eins der wichtigsten Glieder in der Kette der organisierten Gewalt derselben über das Proletariat darstellt, zu verantworten haben, treten natürlich als Gegner dieser bürgerlichen Gesellschaftordnung in die Schranken und der Klassenhaß einer, ihren Untergang voraussehenden Klasse, drückt sich in den Urteilen aus. Darum die brutalen Strafen für jeden, der sich zur Bedarfswirtschaft bekennt.

Vom Standpunkt der Bourgeoisie ist es natürlich selbstverständlich, daß alle ihre Zuwiderhandlungen, wenn sie vor Gericht ausgetragen werden müssen, um den Schein nach außen von Recht und Gerechtigkeit zu wahren, sei es auch nur in ganz bescheidener Form, eine andere Beurteilung erfahren. Wenn das erste Urteil des „Volksgerichts" in München ein Todesurteil gegen einen Kommunisten war, also eines Menschen, der diese organisierte Gewalt einer Minderheit beseitigen wollte, und das letzte Urteil den Ludendorff freisprach, so ist das nur ein Beweis für das schon oben angeführte.

Dazwischen häufen nun Prozesse verschiedener Art. Der am meisten hervorstechendste ist dieser Zeignerprozeß, dem jetzt, nachdem er für seine verschiedenen „Unrichtigkeiten" — nicht „Unredlichkeiten", wie sein Genosse Professor Dr. Gustav Radbruch im „Vorwärts" vom 10. April schreibt, verschiedene Jahre Gefängnis aufgebrummt worden sind, noch daß sie noch während des Singens der „Internationale" eine Stuhlbarrikade aufbauten und mit dem Werfen der Stühle nach der Arbeiterschaft begannen. Die angegriffenen Arbeiter verteidigten sich energisch. Während des Ringens zwischen den Arbeitern und den Völkischen wurde von den Ordnern eine Handgranate unter die Versammlungsteilnehmer geworfen, die drei Arbeiter schwer verletzte. Außerdem gab es noch ein halbes Dutzend Leichtverletzte. Die ziemlich stark anwesende Schutzpolizei verhielt sich anfänglich passiv. Als aber die völkischen Radaubrüder, die aus der ganzen Umgegend importiert worden waren, auch noch mit Dolchen und Messern auf die Arbeiter losgehen wollten, griff die Schutzpolizei ein und schlug gemeinsam mit dem Arbeitern die völkischen Mordbanditen in die Flucht. Später kam es noch einmal am Bahnhof zu einer Schlägerei zwischen den Schutzpolizisten und den Völkischen.

Als Resultat der Wulle-Versammlung kann festgestellt werden, daß die Völkischen durch die Frankfurter revolutionäre Arbeiterschaft eine schwere Niederlage erlitten haben."

Der Nachsatz, das Resultat, ist jedenfalls nicht zum Frankfurt berichtet, sondern hier von der Redaktion der „Roten Fahne" hinzugefügt. Also man muß es nochmal lesen. Die Arbeiterschaft war anwesende Schutzpolizei schlug gemeinsam mit den Arbeitern die völkischen Mordbanden in die Flucht. Dies als einen Sieg zu verkünden, liebe „Rote Fahne", blieb Dir vorbehalten. Sollte vielleicht in der Frankfurter Sipo eine richtige Zelle vorhanden sein, dann schlagen wir vor, den Zellenobmann als Spitzenkandidat der Reichsliste der deutschen Sektion zu setzen und dann „rin in die Kartoffeln, raus aus die Kartoffeln."

Die Proletarier der KPD. möchten sich aber mal, und daß sind sie im Interesse der Fortführung der Revolution verpflichtet zu tun, die Siege der „Roten Fahne" durch den Kopf gehen lassen. Sind die Lehren vom Oktober 1923 so schnell vergessen, daß man mit solchem haneblichenem Zeug noch das Proletariat verhöhnen kann.

An die Zeitungsobleute im Reich

Die Mainummer der „KAZ." mit rot-gedrucktem Kopf kommt am Sonnabend, den 26. April zur Versendung an die Ortsgruppen. Wir ersuchen Mehrbestellungen schon jetzt, spätestens bis Mittwoch, den 23. April, an uns zu richten.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung, Berlin NO 18, Landsberger Straße 6.

Proletarier! Vergeßt die politischen Gefangenen nicht! Sammelt!

Genossen! Haltet eure Zeitung hoch, Sammelt für den Pressefond.

Verantw. Redakteur und Herausgeber: Kurt Hellwig, Düsseldorf. — Druck: Karl Bergmann, Berlin S 42, Oranienstr. 169.